

## Anhang 1 mit den Reden und Statements

### **1. Auswertung des Friedenswinters – was war das politische Umfeld, was war bisher, was hat er gebracht, zu den Kontroversen um ihn**

*Reiner Braun (IALANA, Büro Friedenswinter)*

### **2. Kommentar zum Input von Reiner Brain zur Auswertung des Friedenswinters**

*Wiltrud Rösch-Metzler (pax christi)*

### **3. „Wie unabhängig sind unsere Medien?“ - Eine Recherche unter Berücksichtigung der Berichterstattung über die Ukraine-Krise**

*Wolfgang Bittner (Schriftsteller)*

### **4. Medien und Friedenswinter**

*Christiane Reymann (Journalistin)*

### **5. Gendarstellung zum taz-Artikel „Neurechte Friedensbewegung“**

*Andreas Grünwald (Mitglied des Hamburger Forums)*

---

### **1. Auswertung des Friedenswinters – was war das politische Umfeld, was war bisher, was hat er gebracht, zu den Kontroversen um ihn**

*Reiner Braun (IALANA, Büro Friedenswinter)*

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

die Fakten sind bekannt und schon öfters kommuniziert: Deshalb kurz und zur Erinnerung:

- Sechs Demonstrationen und Kundgebungen am 10., 12. und 13.12 u.a. mit 4.000 Menschen in Berlin, 800-1.000 in Heidelberg, darüber hinaus in Hamburg, Bochum, München, Leipzig etc.
- Fast 4.000 Unterschriften von Personen und über 80 Organisationen unter dem Aufruf
- Neugründungen von Initiativen u.a. im Hessischen und in Südthüringen
- Unterstützung der Aktionen zur Sicherheitskonferenz: Demonstration und Kundgebung
- Präsenz in allen Medien und intensive gesellschaftliche Debatte
- Intensive eigene Öffentlichkeitsarbeit in alten und neuen Medien
- Neue Formen der Zusammenarbeit mit ersten Erfahrungen, neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden!
- Anstoß zu weiteren Aktionen gegeben: Lokal und regional: Krefeld

Aber wir haben uns mehr erträumt: Es war nicht die Wiederbelebung der Friedensbewegung als große gesellschaftliche Kraft, es war Friedensbewegung wieder in Aktion, wir haben uns eingemischt, wenn auch sicher nicht intensiv genug. Lethargie überwunden aber auch Grenzen gesehen.

Und haben eine Kontroverse mit einer ungeheuren Schärfe ausgelöst, in einer Dimension, die wir nicht oder kaum erwartet hatten:

- Medien: Es ist, glaube ich, nicht falsch von einer Hetze zu reden. Was sind wir nicht alles.
- Harsche Reaktionen aus der Politik, auf dem Rücken des Friedenswinters wurden Ersatzauseinandersetzungen ausgetragen: Die Linke und Regierungsbeteiligung.

- Kontroverse unter uns; Bündnispartner haben Abstand genommen, nicht beteiligt bzw. sich stark zurückgehalten.

Gründe:

1. Politische Elite will alles, nur keine breite Friedensbewegung: „Wehret den Anfängen, nie wieder 80er Jahre!“
2. Es geht um die Frage von Krieg und Frieden und die Politik im Land will die Kriegsbereitschaft erhöhen und da muss die Opposition, so klein sie auch ist, klein und isoliert gehalten werden. Das ist nichts Neues, siehe Jugoslawienkrieg und siehe 80er Jahre: Scharfe Auseinandersetzung begleitet die Friedensbewegung – immer. Blick in die Geschichte.  
Lasst mich einen Satz zum zentralen Vorwurf des „Alarmismus“ sagen: Die Realität ist schlimmer als wir sie beschreiben: Ukraine, Krieg mit Expansionsgefahr (Gorbatschow spricht von der Gefahr eines 3. Weltkrieges, Wimmer, Major, ehemalige NATO-Generale ebenfalls), Konfrontationspolitik, IS, Atomwaffen, Rüstungsentwicklung, weltweites Gewaltpotential, ich könnte die Liste verlängern: Ich will nie zu denen gehört haben, die nicht gewarnt, sondern verharmlost haben. Was das Unterbleiben von Warnung und Aktionen bedeutet, haben uns die Geschichte der Friedensbewegung und der Krieg schmerzlich gezeigt. Warnen und Alarmschlagen mit vielen Fakten und Argumenten sind wichtig - das ist Aufklärung. Lasst uns diesem Weg treu bleiben!
3. Wir haben es verlernt, Kontroversen solidarisch zu führen: Bei und zwischen uns. Es geht eben bei uns auch um große Fragen der Zusammenarbeit, der gesellschaftlichen Gestaltung, der Klarheit gegen rechts oder anders der Einstellung auf eine grundsätzlich veränderte gesellschaftliche Situation, die mir einer Offensive von rechts auf der Straße einhergeht und daher neue Fragen und Herausforderungen aufwirft. Und zwar nicht nur bei uns! Wir sind nicht fähig, diese Auseinandersetzung argumentativ, ehrlich, offen und ohne Verletzungen politisch zu führen. Auch wir haben also versagt. Neues, auch neue Zusammenarbeiten müssen erst noch erstritten werden: Sie fallen uns nicht in den Schoss – nichts wird der Friedensbewegung in einer Situation der Konfrontation geschenkt, wenn wir eine Massenbewegung werden und sein wollen und kein Nischendasein in einer spätbürgerlichen Gesellschaft führen wollen. Für die Nische reicht die Akzeptanz der politischen Eliten zwar aus, für eine Massenbewegung als Oppositionsbewegung gegen den Krieg aber niemals.
4. Wir waren offen für Angriffe und nicht alle immer und überall „friedenspolitisch klar“ in den Aussagen: Mahnwachen und ihre tendenziell offene rechte Positionen; Ringen um „antifaschistische“ Klarheit; Angriffsfläche geboten - bei allen positiven Entwicklung, die ich absolut sehe. Der Antifaschismus muss immer wieder erkämpft werden. ENDGAME und PEGADA sind auch Belege dafür: Nicht über einen Kamm scheren, aber „Amerika“, was ist das? Der Kontinent. Darum geht es aber hier nicht: Entweder Politik der US-Regierung oder Antiimperialismus, aber Amerika ist für mich auch der Veränderungsprozess in Lateinamerika, sind Morales und Carrera und ist auch Kuba und da habe ich viel Sympathie und Solidarität. Solche Unklarheiten öffnen nach rechts und rufen Player auf das Spielfeld, die mit Frieden nichts zu tun haben. Und bitte vergesst nie Liebkecht: Der Feind steht im eignen Land! Fazit, vielleicht auch etwas zugespitzt. Wenn aber Antifaschismus Kriegsbefürwortung ist, wie bei den sogenannten Antideutschen, dann haben diese mit Friedensbewegung nichts mehr zu tun.

5. Es ging auch nie um eine Zusammenarbeit mit „den“ Mahnwachen (nie Zusammenschluss), die gibt es ja gar nicht, es ging immer um eine lokale, regional und projektgebundene Zusammenarbeit auf der Grundlage klar definierter Ziele und Inhalte. Diese Zusammenarbeit (und niemals hat irgendwer irgendjemanden „gekapert“) hat sich – trotz Konflikten und Auseinandersetzungen – durchaus entwickelt und wird hoffentlich weiter zunehmen. Sie wird bald etwas Normales sein und wie in jeder guten Familie gibt es auch immer wieder einmal eine Auseinandersetzung oder auch einen Krach. Fehler dürfen sein, wir müssen auch lernen.  
Lasst mich noch eine Beobachtung anschließen: Für mich ist auch die Zukunft der Mahnwachen-Bewegung offen.
6. Wir sind nicht offen genug für Neues, was sich entwickelt: Protestbewegungen, soziales Verhalten, Reflektieren von gesellschaftlichen Entwicklungen und Widersprüchen (Auswirkungen Neoliberalismus) Artikulieren von Protesten und ihre Ausdrucksformen. „Reinheit“ im falsch verstandenen Sinne steht über Bereitschaft, gesellschaftliche und persönliche Verhaltensveränderungen als etwas Positives zu sehen, auch wenn es eigener Lebenserfahrung auf den ersten Blick widerspricht. Das Leben in größerer Vielfalt und mit mehr Widersprüchen muss gelernt werden und zwar in einer Situation des permanenten Drucks des politischen Gegners. Wir haben diese Herausforderung noch nicht bestanden. Spontane soziale Bewegungen sind keine Retortenbabys, können aber gestaltet und entwickelt werden. Als Friedensbewegter, der auch stolz auf die eigene Geschichte ist, will ich deutlich sagen: Die traditionelle Friedensbewegung muss ihre Zukunft als Bewegung erst noch und wieder beweisen, bei aller Kompetenz, bei guter Infrastruktur - wir sind den Herausforderung, vor die uns die Menschheitsauseinandersetzung Krieg und Frieden heute stellt, noch nicht gewachsen. Ich will deutlich an einige meiner Freundinnen und Freunde sagen: Hört auf, euch die eigene Situation rosa zu malen, sie ist besorgniserregend.

Fazit: Meine Auswertung des Friedenswinters ist widersprüchlich und dieser Widerspruch lebt in mir als Person.

Die Frage, würdest Du es wieder machen, hat mich wirklich nachdenklich gemacht. Und in Vorbereitung auf heute habe ich daher einmal bei zweien nachgelesen, die ich sehr verehere: Bertolt Brecht und Albert Einstein. Beide schreiben vielfach: Es gibt keine einfache Wirklichkeit und die Wahrheit liegt in den Widersprüchen, die Frau und Mann versuchen muss auszuhalten und ins Positive hin zu entwickeln und gestalten. Und beide sagen dann: Es gibt keine Herausforderungen, keine Aufgabe, ja beide benutzen das Wort „Opfer“, das Frau und Mann nicht für den Frieden bringen muss und sollte – solange sie und er nur die Kraft dazu hat!

Wir haben es versucht.

Wir haben einiges erreicht, wir haben etwas in Bewegung gesetzt – erstmals wieder auch ein wenig größer.

Wir haben vieles nicht erreicht, vieles kann Frau und Mann besser machen.

Lasst uns lernen und es weiterentwickeln.

Lasst uns eines wiederbeleben: Die Solidarität mit und zwischen uns! Uns verbindet mehr als uns trennt! Der Graben läuft mit denen, die in den Krieg ziehen oder ziehen wollen und nicht zwischen uns! Es geht wohl nicht um Spaltung, aber es stehen noch zu viele abseits und schauen zu. Diese KritikerInnen wollen wir gewinnen. (...)

Richtig ist sicher auch: Die politische Lage erfordert unser Eingreifen: Kritik und Selbstkritik sollen in aktives Handeln münden: Also auf nach Berlin am 10.05.2015. Es liegt auch an uns, was wird. Frieden ist Ultima Ratio, und diese muss erstritten werden!

---

## 2. Kommentar zum Input von Reiner Braun zur Auswertung des Friedenswinters

*Wiltrud Rösch-Metzler (Pax Christi)*

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

vorab einige Bemerkungen zu pax christi. Wir sind eine Mitgliederorganisation mit rund 5000 Mitgliedern. Die internationale katholische Friedensbewegung wurde am 13. März 1945 gegründet. Eine Organisation, die über einen solch langen Zeitraum besteht, unterliegt Wandlungen. Ich zähle hier nur drei auf: aus katholisch wurde ökumenisch, neben dem Beten wurde die Aktion wichtig und aus der Anfangsaufgabe „Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg“ ergaben sich die Bereiche „Krieg verhindern“, „Gerechtigkeit“, „Friedensspiritualität“ und „Erinnern für die Zukunft“.

pax christi trägt den Appell zum Friedenswinter mit, weil uns die derzeitigen Kriege an so vielen Stellen auf der Erde aufrütteln und wir uns nicht damit abfinden möchten. Wir wehren uns gegen die zunehmende Militarisierung der deutschen und EU-Außenpolitik. pax christi unterstützt den Friedenswinter, was intern immer wieder infrage gestellt wird.

In einer Friedensorganisation bilden sich dieselben Konflikte ab, die es auch in der Gesellschaft gibt. Fallen diese heftig aus, wie in den Medienbeiträgen gegen den Friedenswinter geschehen, werden sie auch intern umso streitbarer ausgetragen. Das gilt nicht nur für Friedenswinter-Aufruf und -Aktionen, das gilt auch für Positionen zu Israel/Palästina, zu Waffenlieferungen gegen den IS oder zu Russland. Gelingt es nicht diesen Konflikt intern auszutragen, eine gemeinsame Position zu finden, kann dies zu einer Lähmung führen. Die Mitglieder sind sich unsicher und werden im Zweifelsfall nicht aktiv. Fakt ist, dass wir nur einen kleinen Teil unserer Mitglieder zu den Friedenswinter-Demos motivieren konnten.

Was lief im Fall des Friedenswinters falsch?

1. Die Analyse hat zu wenig gezogen: Das Interesse an „Frieden“ wächst zwar wieder. Festzumachen ist das für uns an: Wieder mehr Friedensgebete und mehr Info-Veranstaltungen über „Was ist pax christi?“. Und es gab allgemein auch wieder mehr Angst vor Krieg und eine diffuse Alarmiertheit. Gaza, Ukraine und IS haben die Menschen aufgewühlt. Aber: Der Gazakrieg ging nach 51 Tagen zu Ende, für die Ukraine gab es im September einen Waffenstillstand und der IS wurde laut Medien erfolgreich militärisch zurückgedrängt. Der Friedenswinter-Aufruf geht darauf nicht wirklich ein und bleibt im Alarmmodus.

2. pax christi arbeitet mit in der Kooperation für den Frieden. Sich in diesem Bündnis auf gemeinsame Positionen und Aktionen zu verständigen ist uns wichtig. Dadurch erhält ein Thema in der Öffentlichkeit mehr Gewicht. Positiv ist das Thema *Zivile Konfliktbearbeitung* zu nennen, wo das gelingt. Im Fall des Friedenswinters gab es aber Veto-Positionen, die sich gegenseitig ausschlossen. Die Kooperation für den Frieden stand vor einer Zerreißprobe. Sowohl die Position *für* die Durchführung des Friedenswinters wie auch die Position *gegen* die Durchführung des Friedenswinters

hätte die Kooperation für den Frieden, wo nicht mehrheitlich sondern im Konsens abgestimmt wird, blockiert. Deshalb wurde der Friedenswinter leider außerhalb der Kooperation für den Frieden geplant. Die Distanz blieb. Immerhin unterstützte die Kooperation für den Frieden die Forderungen und Aktionen des Friedenswinters.

3. Der Stellenwert des ersten Aufrufs bleibt unklar: Es gab zwar einen Friedenswinter-Aufruf, als es jedoch zu den Veranstaltungen kam, wurden regionale Aufrufe verfasst. Auch jetzt für die kommenden letzten Aktionen im Mai hat der Anfangs-Aufruf keinen Stellenwert mehr. Dadurch ergibt sich für eine bundesweite Organisation wie pax christi auch keine Aufgabe mehr. Denn es macht für uns, anders als für regionale pax christi-Zusammenschlüsse keinen Sinn, sich einem regionalen Aufruf anzuschließen.

4. Die unterschiedlichen Unterzeichnungsmöglichkeiten haben Verwirrung gestiftet. Es ist üblich, dass eine kleine heterogene Gruppe einen Aufruf schreibt. Dieser wird dann in die einzelnen Organisationen eingespeist und diese melden zurück, ob sie unterschreiben, und machen mögliche kleinere Änderungswünsche geltend. Dadurch, dass die Namen derer, die am Aufruf mitgewirkt hatten, veröffentlicht wurden, wurde schon früh über einzelne Namen (und ihre politische Verankerung) diskutiert und der Friedenswinter personalisiert, statt dass er von Anfang an auf die Beine der Organisationen und Initiativen gestellt worden wäre.

5. Besonders verwirrend war der regionale Aufruf für Berlin, den auch wieder Personen unterzeichnen konnten. Die Medien haben diese Veranstaltung nicht als regionale Veranstaltung gesehen, sondern als bundesweite.

6. Bedenken und Anfragen gab es intern vor allem zu den Mahnwachen, die sich erstmals beteiligt hatten. Regionale pax christi-Zusammenschlüsse und Einzelpersonen haben unterschiedliche Erfahrungen mit Mahnwachen gemacht. Im Bundesvorstand stellten wir fest, dass die Aktionen und Ausrichtungen der örtlichen Mahnwachen sich stark unterscheiden und jeweils differenziert Stellung bezogen werden muss. pax christi trägt die Position der Kooperation für den Frieden zu Friedenswinter und Montagmahnwachen mit. Dies bedeutet: Keine generelle Diffamierung, klare Abgrenzung nach rechts, keine Kooperation auf Bundesebene.

7. Die eingangs beschriebene Lähmung hat auch die Kooperation für den Frieden angesichts des Friedenswinters erfasst. Es ist nicht gelungen, dass sie – mit Ausnahme von IPPNW – (...) einen aktiveren Part im Friedenswinter übernimmt. Die Diskussion in der Kooperation für den Frieden um den Friedenswinter ist noch nicht zu Ende. Sie ist wichtig, damit wir wieder als Bündnis zusammenfinden. pax christi wird sich in diesem Sinn in der Kooperation für den Frieden beteiligen.

---

### **3. „Wie unabhängig sind unsere Medien?“ - Eine Recherche unter Berücksichtigung der Berichterstattung über die Ukraine-Krise**

*Wolfgang Bittner (Schriftsteller)*

Liebe Anwesende, liebe Freundinnen und Freunde!

Seit Anfang 2014 wurde für jeden denkenden Menschen von Tag zu Tag deutlicher, dass Informationen über die Ukraine-Krise vernebelt, unterdrückt und für eine ideologische Kriegsführung verfälscht wurden. Schlagen wir die Zeitung auf, sprangen uns monatelang Putin-Karikaturen entgegen und Leitartikel geißelten die angeblich kriegslüsternen Russen. Häme, Unterstellungen und Lügen auch in Radio- und Fernsehsendungen. „Stoppt Putin jetzt!“ lautete ein *Spiegel*-Titel und im

*Deutschlandfunk* wurde gefragt: „Ist Putin noch zu stoppen?“, oder wir erfuhren: „Russland schürt den Konflikt.“ *NDR-Weltbilder* klärte uns über die „Psyche von Wladimir Putin“ auf, der sich laut *ZDF* als „der neue Zar“ fühlt und den Prinz Charles mit Hitler verglich. „Dem Mann fehlt Menschlichkeit“, hieß es im *Tagesspiegel*. Von „prorussischem Mob“ (*Spiegel Online, ARD Tagesschau*) in der Ostukraine war die Rede, in der *Welt* erinnerte „die Ruchlosigkeit der Putin-Propaganda erschreckend an die Hochzeiten des Stalinismus“, die *Bild*-Zeitung entlarvte „Moskaus Kriegshetze“, im *ZDF* wurde gefragt: „Ist die Angst vieler Menschen in den baltischen Staaten berechtigt?“ Dementsprechend mahnten die US-Regierung, der damalige NATO-Generalsekretär Rasmussen und Verteidigungsministerin von der Leyen höhere Verteidigungsausgaben an.

Die westlichen Politiker drohten, forderten, verhängten Sanktionen, sie ließen das Militär gegen Russland aufmarschieren, verlangten aber zugleich den Rückzug russischer Truppen von den eigenen, russischen Grenzen. Putin breche ständig internationales Recht, war aus Washington und Berlin zu hören, er belüge die Weltöffentlichkeit und provoziere den Westen. Die US-Sicherheitsberaterin Susan E. Rice bezichtigte die Moskauer Regierung der Brandstiftung. In der *Bild*zeitung wurde gewarnt: „Nie zuvor seit Ende des Kalten Krieges stand der Westen so nah vor einem militärischen Schlagabtausch mit Russland.“ Und so weiter, eine endlose Litanei bis heute.

Kein Wort zu den jahrelangen Umsturzbestrebungen westlicher Geheimdienste, Regierungsstellen und NGOs, obwohl deren subversive Tätigkeit erwiesen ist. Die Schuld an dem Ukraine-Konflikt wird ausschließlich Russland, namentlich dessen Staatspräsident Wladimir Putin angelastet, und zwar in einer Weise, die allein schon von der Diktion her abstößt. Die ehemalige ARD-Russlandkorrespondentin Gabriele Krone-Schmalz sprach in diesem Zusammenhang – eher zurückhaltend – von „unprofessionell arbeitenden Medien“ und der Gefahr eines Krieges, den „wir alle nicht überleben“ würden.

### **Verschleierung, Lügen, Gemeinheiten**

Das Gedächtnis der meisten Menschen ist kurz, und die Politiker und Medien tun nichts, um es aufzufrischen, wo es nicht passt. Aber was sich da in den Medien abgespielt hat und immer noch abspielt, lässt sich eindrucksvoll an einer Zeitungsmeldung, deren Tendenz für vieles steht, verdeutlichen:

So berichtete die *Welt* am 10. September 2014 über „Tränen in der Mongolei“: „Putin rollen in der fernen Mongolei beim Klang der russischen Nationalhymne Tränen über die Wangen. Er wischt sie weg, der kleine Narziss. Das Volk daheim soll Derartiges nicht sehen. Aber war es wirklich Selbstliebe und nicht eher der selbstmitleidige Gefühlsausbruch eines Überforderten? Die breiten Schultern mögen noch stählen wirken, das mit Botox behandelte Gesicht aber spricht die Sprache von Selbstzweifel und Alterungsangst. Als er nach seinem Wahlsieg vor zwei Jahren mitten in Moskau bei vaterländischen Klängen die Contenance verlor, soll es der kalte Wind gewesen sein. Nie ist man es selbst.“

Hier und da ist die heftige Kritik unzähliger Bürger bei den Medien angekommen, aber eine tendenziöse Berichterstattung geht selbst dort – wenn auch etwas subtiler als zuvor – weiter. Im *ZDF-heute-journal* am 9. Februar wird zum Beispiel zuerst ein brennendes Haus in Donezk gezeigt, dann eine weinende Frau, danach kommt ein Panzer der Separatisten ins Bild, als ob sie ihre eigenen Häuser zerstörten. Anschließend geht es um

die Waffenlieferungen der USA an die Kiewer Ukraine. Eine der üblichen Manipulationen.

Inzwischen zahlen die Medien in Russland mit gleicher Münze zurück. Die nach der desaströsen Regierungszeit von Boris Jelzin von Putin angebahnte positive Entwicklung der russischen Gesellschaft hat aufgrund der aggressiven Ostpolitik der von den USA dominierten westlichen Allianz ein vorläufiges Ende gefunden. Westliche Politiker und die Mehrzahl der westlichen Medien überbieten sich in der Ukraine-Krise seit mehr als einem Jahr in Verschleierung, Lügen, Gemeinheiten und – wo es ins Konzept passt – geheuchelter Anteilnahme und inszenierter Empörung.

### **Netzwerke und korrumpierte Journalisten**

Wie ist ein solches Versagen auf ganzer Linie möglich – so fragen wir uns. Wir wissen es, seit bekannt wurde, dass nicht nur viele der führenden Politiker, sondern ebenso Journalisten in maßgeblichen Positionen Think Tanks und anderen Vereinigungen angehören oder nahestehen, die von staatlichen Stellen, zum Beispiel dem US-Außenministerium, der CIA oder sonstigen interessierten Organisationen und Konzernen finanziert werden. Dazu gehören die *Atlantik-Brücke*, *Goldman Sachs Foundation*, *The American Interest*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *Atlantische Initiative* und *Münchener Sicherheitskonferenz*.

Der Medienwissenschaftler Uwe Krüger, der über die Verbindungen deutscher Alpha-Journalisten zu außen- und sicherheitspolitisch aktiven Eliten geforscht hat, veröffentlichte seine beängstigenden Ergebnisse 2013 in dem Buch »Meinungsmacht«. Krüger hat beobachtet, dass sich Journalisten in verschiedenen Zirkeln mit einflussreichen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft treffen, und sich dieses Eingebundensein in ihrer journalistischen Arbeit niederschlägt. Er nennt Namen: „Am auffälligsten war der Befund, dass vier leitende Journalisten der *Süddeutschen Zeitung* (Kornelius), der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Frankenberger), der *Welt* (Stürmer) und der *Zeit* (Joffe) stark in US- und NATO-affinen Strukturen eingebunden sind.“

Der Schweizer Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser lenkt den Blick auf die Berichterstattung über das Nordatlantische Verteidigungsbündnis: „Die NATO hat in verschiedenen Medien in Deutschland, Österreich und der Schweiz befreundete Journalisten, welche immer im Sinne der NATO schreiben. Das nennt man ›Information Warfare‹. Das ist Teil des Krieges ... Seit Vietnam haben die USA gelernt, dass die Heimatfront ganz wichtig ist. Daher verfolgt man die einfache Technik: Den Gegner, in diesem Fall Putin, dämonisieren, Chaos schüren und die eigene Gewalt verdecken und Spuren verwischen.“ Ganser fährt fort: „Man kann mit Fug und Recht feststellen, dass es eine Art „NATO-Netzwerk“ in den Medien gibt ... In fast jedem Bericht zur Ukraine ist Putin der Böse. Die NATO-Osterweiterung wird praktisch nie erwähnt. Die Hintergründe des Regierungsturzes in Kiew werden nicht ausgeleuchtet.“

Über seine Medien-Erfahrungen sagte Ganser im vergangenen Jahr: „Als ich *Pro7* und *Sat1* Anfang September ein Interview gab und die NATO-Osterweiterung kritisierte ... erhielt ich danach den Bescheid, man habe das Interview leider doch nicht senden können ... NATO-Kritik hat keinen Platz in den Massenmedien der NATO-Länder. Noam Chomsky hat das ›Manufacturing Consent‹ genannt, also das Herstellen von Zustimmung, Zustimmung zum Krieg am Ende.“

## Elite des europäischen Journalismus ehrt Vitali Klitschko

Beschämend, peinlich, aber auch höchst informativ ist ein Ereignis, das sich am 12. September 2014 in Potsdam abspielte. Dort wurde der neue Kiewer Bürgermeister und ehemalige Boxer Vitali Klitschko mit dem „M 100 Media Award“ ausgezeichnet. Der Preis wird jährlich von einer angeblichen Elite des europäischen Journalismus für Verdienste um Demokratie, Meinungsfreiheit und Völkerverständigung vergeben. Zum Beirat und zur Jury gehören u.a.: Der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG Mathias Döpfner, der Gesamtherausgeber der *Bild*-Gruppe Kai Diekmann, der Chefredakteur des ZDF Peter Frey, der Chefredakteur des ARD-Hauptstadtstudios in Berlin Ulrich Deppendorf, der Chefredakteur der *Zeit* Giovanni di Lorenzo, der Herausgeber der *WELT* und Geschäftsführer von *N24 Media* Stefan Aust, der Chefredakteur des *Tagesspiegel* Stephan-Andreas Casdorff, der Chefredakteur der *Weltwoche* Roger Köppel, der Chefredakteur für Digitale Medien der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Mathias Müller von Blumencron usw. Klitschko warb bei der Preisverleihung um Unterstützung für das Wahnsinnsvorhaben seines Intimus Arsenij Jazenjuk, eine 2.200 Kilometer lange „Schutzmauer“ gegen Russland zu errichten. Es ist unglaublich, aber nachweisbar: Die westlichen Medien, die in ihrer Mehrheit schon lange nicht mehr ihrer Aufgabe als »vierte Gewalt im Staate« nachkommen, berichten »staatstragend« im Sinne der Regierenden und ihrer verlogenen, brandgefährlichen Konfrontationspolitik. Der Schwerpunkt westlicher „journalistischer Tätigkeit“ liegt in der willkürlichen Verurteilung Putins und Russlands. Während die Brandstifter für die Ukraine-Krise unter den Politikern und Agenten der USA und EU zu suchen sind, haben die Medien die Rolle des Brandbeschleunigers übernommen. Der niederländische Politikwissenschaftler Karel van Wolferen analysiert das wie folgt: „Um die europäische Medienloyalität gegenüber Washington in Sachen Ukraine und das sklavische Verhalten europäischer Politiker ins rechte Licht zu rücken, muss man den Atlantizismus kennen und verstehen. Es ist ein europäischer Glaube ... Washington kann unerhörte Dinge tun und den Atlantizismus dennoch intakt lassen.“

## Die Weltmacht Nr. 1

Bereits 1997 schrieb der polnisch-US-amerikanische Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski, der die geopolitische Strategie der USA nach dem Untergang der Sowjetunion entwickelt hat, in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“:

*„Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird – und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann.“*

Für die einzige Supermacht USA sei – so Brzezinski – Eurasien „das Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird“. In diesem Kontext ist auch die Äußerung Henry Kissingers am 2. Februar 2014 in einem CNN-Interview zu sehen, wonach der Regime Change in Kiew eine Generalprobe für das sei, „was wir in Moskau tun wollen“.

Die amtierenden Politiker Europas machen das mit, und Journalisten, die der Objektivität und wahrheitsgemäßen Berichterstattung verpflichtet sein sollten, betreiben Meinungsmache und schärfste Propaganda in einer Weise, die für den gesunden Menschenverstand der Leser, Zuhörer und Zuschauer zutiefst beleidigend ist. Denn dass die Ukraine-Krise eine Inszenierung des Westens ist, kann inzwischen als erwiesen gelten, wenn man nicht erst bei der sogenannten Annexion der Krim anfängt, die im

Übrigen bei genauerem Hinsehen eine Sezession war. Die Bevölkerung hat sich in Wahlen für den Anschluss an die Russische Föderation entschieden; sie wurde nicht dazu gezwungen, wie böswillig behauptet wird. Und dass Russland nicht seinen Flottenstützpunkt am Schwarzen Meer zugunsten der NATO aufgeben würde, sollte den westlichen Politikern und Militärs von vornherein klar gewesen sein.

## **Regime Change und die Folgen**

In der Ukraine gab es bis zum 22. Februar 2014 eine gewählte Regierung mit dem Präsidenten Viktor Janukowitsch. Dann wurden auf dem Majdan-Platz etwa hundert Demonstranten und Polizisten heimtückisch erschossen, Janukowitsch musste fliehen und eine Übergangsregierung, die zu Teilen aus Rechtsextremisten bestand, übernahm die Macht in der Westukraine. An der Spitze befand sich ein Günstling der USA, der Oligarch Arsenij Jazenjuk. Sofort war von einem Verbot der russischen Sprache die Rede, und des Weiteren traten Jazenjuk als Ministerpräsident und der am 7. Juni 2014 in der Westukraine gewählte Staatspräsident Petro Poroschenko, ein milliardenschwerer Gewinner des neoliberalen Umschwungs, für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ein. Außerdem begann Poroschenko den Krieg gegen die eigenen Landsleute und er unterzeichnete das Assoziierungsabkommen mit der EU, was Janukowitsch aus nachvollziehbaren Gründen abgelehnt hatte. Vielleicht findet sich ja bald jemand, der Poroschenko und Jazenjuk vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen ihrer Verbrechen anklagt.

Die Abspaltung der Krim wurde im Folgenden zum Anlass genommen, Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verhängen, die mit fadenscheinigen Begründungen immer wieder erweitert werden. Unter anderem dienten die russischen Hilfslieferungen für die notleidende ostukrainische Zivilbevölkerung und der bis heute ungeklärte Abschuss eines malaysischen Passagierflugzeugs dazu, die Sanktionsschraube immer mehr anzuziehen.

Es ist bekannt, dass sich die EU-Beauftragte des US-Außenministers, Victoria Nuland, bereits im Dezember 2013 damit gebrüstet hat, dass die USA mehr als fünf Milliarden Dollar in den Regime Change in der Ukraine investiert haben. Inzwischen herrscht ein mörderischer Bürgerkrieg, dem schon Tausende zum Opfer gefallen sind, weit über eine Million Menschen sind geflohen. Kampfpausen nach den Minsker Waffenstillstandsvereinbarungen vom 5. September 2014 hat die Kiewer Regierung genutzt, um nachzurüsten. Obwohl das Land quasi bankrott ist, wurde der Militäretat auf 2,4 Milliarden Euro verdoppelt. Zuwendungen der EU und Deutschlands in Milliardenhöhe, die der ukrainischen Bevölkerung zugutekommen sollten, können also für die Finanzierung des Bürgerkriegs verwendet werden, an dem auf Kiewer Seite US-Söldner und faschistische Freiwilligeneinheiten beteiligt sind. Dass sich die überwiegend russischsprechenden Krimbewohner und Ostukrainer nicht „von einer Sammlung von Verbrechern, Abkömmlingen ukrainischer Nazis und in den IWF und die EU verliebten Oligarchen“ regieren lassen wollen – so der Politikwissenschaftler Karel van Wolferen – ist nur zu verständlich.

## **Friedensaussichten**

Auch die zweiten Minsker Waffenstillstandsverhandlungen vom 12. Februar 2015 werden ohne eine massive Einflussnahme der USA wohl kaum von der Kiewer Regierung eingehalten werden. Allerdings ist sehr fraglich, ob die USA überhaupt an einer Waffenruhe in der Ostukraine interessiert sind, ob sie nicht vielmehr eine weitere

Eskalation und damit eine militärische Konfrontation mit Russland auf dem europäischen Kontinent anstreben.

Jetzt geht es um zusätzliche Waffenlieferungen der USA für drei Milliarden Dollar. Die Entscheidung ist zwar noch nicht gefallen, aber die Kriegstreiber kennen offensichtlich keine Grenzen. Auch eine heftige Gegenpropaganda ist angelaufen. Kritiker der aktuellen bellizistischen Politik werden als Putinverstehler, moskauhörig, Antiamerikaner oder Verschwörungstheoretiker diffamiert. Man will sie kaltstellen. Aber immer mehr Menschen sind empört und tief beunruhigt und sie erkennen die Verlogenheit dieser Politik und Propaganda. Das gibt Hoffnung auf einen zukünftigen Politikwechsel. Eine gewisse Ernüchterung ist jedenfalls bei einigen Journalisten und führenden europäischen Politikern in letzter Zeit zu bemerken.

## Resümee

Zusammenfassend ist Folgendes festzustellen:

1. Der Regimewechsel in der Ukraine wurde jahrelang subversiv vorbereitet. Die USA, also der CIA, investierten über fünf Milliarden Dollar dafür.
2. Die Strategie der „westlichen Allianz“ war von vornherein darauf angelegt, sich die Ukraine als ein Brückenland von großer geostrategischer Bedeutung und auch als Wirtschaftsraum und Tor zu den Ressourcen Russlands einzuverleiben.
3. Das Ziel ist, Russland durch Wirtschaftssanktionen, Beeinflussung der Kapital- und Energiemärkte und durch die aufgezwungenen Aufwendungen für Nachrüstung in den Ruin zu treiben. Putin wird niedergemacht, Russland soll ebenfalls destabilisiert und als machtpolitischer Faktor in der internationalen Politik ausgeschaltet werden. Europa wird dann zum absoluten Einflussgebiet der USA, insbesondere, wenn noch das TTIP-Freihandelsabkommen durchgesetzt wird.
4. Die westlichen Medien betreiben in ihrer Mehrzahl in schamloser Weise Regierungspropaganda, ein Teil sogar Kriegshetze. Einer immer skeptischer werdenden Öffentlichkeit wird diese Propaganda als objektiv und die Aggressionspolitik des Westens als notwendig angeblich zum Schutze der „westlichen Wertegemeinschaft“ verkauft, die Fakten werden umgelogen. Kritiker dieser unverantwortlichen Berichterstattung verfallen einer dreisten Gegenpropaganda; sie werden diffamiert und sind von Existenzentziehung bedroht.

---

## 4. Medien und Friedenswinter

*Christiane Reymann (Journalistin)*

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

ich möchte zu drei Punkten etwas sagen:

1. Wer berichtete was?
2. Anwürfe im Einzelnen
3. Was tun?

Nichts zum Friedenswinter gebracht hat das öffentlich-rechtliche Fernsehen, also das Medium, das doch eigentlich uns gehört. Gleich zu Beginn meine erste Empfehlung: Druck machen auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender, dass sie ihrer Chronistenpflicht nachkommen.

Von den Print-Medien haben sich *taz*, *FR*, *ND*, *Berliner Zeitung* und *Tagesspiegel* am häufigsten zum Friedenswinter geäußert – und nicht die üblichen Verdächtigen von Schmutz-Kampagnen wie etwa *Spiegel*, *BILD* oder *Welt*. Es ist also zielgruppenorientiert publiziert worden. Unter den Genannten hätte ich zwar gern vom *ND* mehr Initiative und Ideen zur eigenständigen Propagierung des Friedenswinters gelesen, aber es war die einzige Zeitung, die grundlegenden journalistischen Ansprüchen auch Genüge getan hat. Sie ließ Aktive des Friedenswinters - und Kritisierende - mit eigener Stimme zu Wort kommen. Am 30.01.2015 erlaubte sich auch die *FR* diese Ausnahme, als sie eine Kontroverse von Paul Schäfer und Reiner Braun abdruckte. Ansonsten nahmen Journalistinnen und Journalisten den Friedenswinter zu Anlass, nicht über die Aktionen, sondern über ihre Vorurteile zu schreiben; sie brachten das Kunststück fertig, die inhaltliche Plattform der Aktionen, den Aufruf respektive die Aufrufe mit keinem Wort zu streifen und die konkreten Anlässe derselben – Gaza-Krieg, Ukraine-Krieg – außen vor zu lassen. Dieses brüllende Schweigen zu jeglichen Inhalten erinnert an Berichterstattungen über die Partei DIE LINKE. Das haben wir im Mai/Juni 2012 anhand einer Kontroverse untersucht - ich weiß schon nicht mehr, um welchen Aufreger sie kreiste. In 144 Artikeln jedenfalls spielte Sahra Wagenknecht eine Rolle, doch nur ganze sechs erwähnten ihre inhaltlichen Positionen, drei davon mit lediglich einem Satz.

Nicht nur in den großen Medien, auch in der eher linken Debatte um den Friedenswinter waren die Inhalte untergeordnet oder ganz verschwunden, sie kreiste um Personen. Ich gehe jetzt eher auf Reflexionen in den eher linken bzw. linksliberalen Blättern ein.

Nach der Demonstration vor dem Bundespräsidialamt veröffentlichte der *Freitag* am 18.12.2014 unter der Überschrift „Hauptsache Feindbilder“ einen Bericht von Sebastian Dörfler, der so begann: „Angenehm still war es um die obskuren ‚Mahnwachen für den Frieden‘ geworden“ ... Angenehm still?! Ist Stille, Ruhe, das, was wir jetzt angesichts der Kriege brauchen? Vor dieser „angenehmen Stille“ seien die Montagsmahnwachen „Treffpunkt für allerhand Friedensbewegte, Esoteriker, Verschwörungstheoretiker, Antisemiten, Reichsbürger und volltätowierte Nazis mit heruntergelassenen Hemdsärmeln“ gewesen. Der Bericht beginnt nicht mit dem konkreten Ereignis, sondern mit etwas ganz anderem, färbt damit aber das zu berichtende Ereignis kräftig ein. Und er endet mit dem „Weitermarschieren“ dieser „neuen Friedensbewegung“ als „Schaulaufen gegen die USA, das Finanzkapital und Israel“. Wahrscheinlich würde man, mutmaßt der Autor, sich „wie dieses Mal auch: einmal vorab von ‚Neurechten, Antisemiten und Reichsbürgern‘ distanzieren und dann weiter im Programm“. Meint: Die Distanzierung sei nur formales Lippenbekenntnis gewesen, denn fortdauernd würden die eingangs erwähnten Verschwörungstheoretiker, Antisemiten, Reichsbürger und Nazis unter dem Label Friedenswinter auf die Straße gehen.

Dieser Stil ist prägend für die Berichte. „Seit an Seit mit den Weltverschwörern“, titelt z.B. *ZEIT-online* am 1. Dezember 2014, die *Berliner Zeitung* und *Frankfurter Rundschau* (16.12.2014) meinen „Verschwörungstheoretiker kapern Friedensdemo in Berlin“, der *Tagesspiegel* hat unter der Headline „Verschwörungstheoretiker, Linke und Neonazis gegen Gauck“ „Verschwörungstheoretiker, Rechte, Linke und offenkundige Wirrköpfe“ ausfindig gemacht, die *FR* (15.12.14) titelt: „Wirr ist das Volk“, und am selben Tag die *TAZ*: „Frieden mit Wirrköpfen“, *Die Welt*: „Wenn die Propagandaküche Putins überkocht“. Und der *Tagesspiegel* bilanziert am 29.12.14: „Verschwörung, wohin man blickt“ und so weiter und so fort. Auffällig ist die völlig identische Wahl der Begriffe - in den eher rechten ebenso wie in den eher links-grün zugerechneten Blättern. Deckungsgleich auch, was anlässlich des Friedenswinters behandelt wird. Die Inhalte sind: Verschwörungstheoretiker, Putin-Versteher mit dem Feindbild USA, Antisemiten, Holocaust-Leugner, Nazis oder Nazis-Nahe (Paul Schäfer, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der LINKEN, wird das in seinem Verriss des Friedenswinters in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* Heft 2/15 als „bräunlich“ bezeichnen; kann man also verniedlicht „ein bisschen Nazi“ sein?), Nationalisten, Leute mit einer falschen, verkürzten und/oder obskuren Kapitalismuskritik.

Die Putin-Versteher sind neu. Die anderen Anwürfe sind feste Bestandteile von Kampagnen gegen Friedensbewegte und Kapitalismus-Kritisierende spätestens seit im Februar 2003 in Berlin eine halbe Million Menschen gegen den drohenden (dritten) Irak-Krieg auf die Straße gingen. Damals war es vorerst „nur“ das antideutsche *Bündnis gegen Antisemitismus (BgA)*, das Attac angriff. Der Vorwurf: Attac unterscheidet zwischen raffendem und schaffendem Kapital, folge mithin einer Formel der Nazis; Attac hinge einer Sündenbocktheorie an, wonach die Banker bzw. deren Gier am Crash schuld seien. Das aber seien Verschwörungstheorien über das global agierende Kapital, die mühelos den antisemitischen Anschluss an entsprechende Vorstellungen des international agierenden Judentums nahelegten. Das mobilisiere Ressentiments und sei verkürzte – und deshalb ebenfalls antisemitische – Kapitalismuskritik. Diese Muster werden seitdem je nach Anlass und „Feind“, gegen den sie sich richten, mit leichten Variationen stets aufs Neue wiederholt.

Gegenüber dem Friedenswinter haben sie aus meiner Sicht jedoch eine neue Qualität erreicht: Die Stichwortgeber von innen, aus der Friedensbewegung selbst, und aus der politischen Linken sind zahlreicher, einflussreicher und von Anfang an mit dabei gewesen. So wusste beispielsweise der Parteivorstand der Partei DIE LINKE bereits im Mai 2014 genau, dass sich in den Montagsmahnwachen „Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretiker und Antisemiten“ tummeln, die „rechtspopulistische Welterklärungsmuster und ‚Querfront‘-Strategien salonfähig“ machen wollten; alles Stigmatisierungen, die ausgewiesene Friedensblätter wie *Welt*, *TAZ* und andere gern aufgriffen bzw. wiederholten, hatte diesen doch die Zeugenschaft „von innen“ einen hohen Wahrheitsgehalt verliehen. Und noch nach der Demonstration am 14.12. letzten Jahres beschloss die LINKEN-Fraktion im Bundestag, finanziell keine Veranstaltungen mehr zu unterstützen, an denen sich Ken Jebsen, Lars Mährholz und weitere Organisatoren der Mahnwachen beteiligen. Zur Ehrenrettung der LINKEN: Ich bin dort Mitglied und aktiv, und möchte unterstreichen, dass es zu beiden Mehrheits-Beschlüssen Gegenstimmen gab.

Selten, eigentlich noch nie, habe ich eine derartige Diffamierung von einzelnen Personen in der Öffentlichkeit und auch durch Linke erlebt wie die von Jebesen und Mährholz. Die ging so weit, dass Zitate, mit denen deren antisemitische Grundhaltung und ihre sogenannte Anschlussfähigkeit an rechte und Nazi-Ideologien bewiesen werden sollten, gefälscht wurden, namentlich von Klaus Lederer, dem LINKEN-Vorsitzenden von Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses. Das haben Wolfgang Gehrcke und ich in unserem Artikel: „Wider denunziatorische Kommunikation. Volksfront statt Querfront“ belegt, darauf Wolfgangs Internetseite nachzulesen und dankenswerter Weise in den *Marxistischen Blätter* abgedruckt worden ist. Mit der Anklage: Holocaust-Leugner, Nazi-Nähe, Antisemit werden Menschen politisch erledigt. Sie darf daher auf gar keinen Fall leichtfertig oder sogar fälschlich erhoben werden.

Als friedensfähig können wir uns erweisen, wenn wir einander aufmerksam zuhören, respektvoll die Erfahrungen und Argumente abwägen und, ja: liebevolles Interesse aneinander zeigen. Das wünsche ich uns in der heutigen Konferenz und in unserem zukünftigen Einsatz für den Frieden.

---

## **5. Gegendarstellung zum taz-Artikel „Neurechte Friedensbewegung“**

*Andreas Grünwald (Mitglied des Hamburger Forums)*

Guten Tag! Mein Name ist Andreas Grünwald. Ich komme aus Hamburg. Ich bin seit den 1980er Jahren in der klassischen Friedensbewegung aktiv. In unterschiedlichen Gruppen, seit einiger Zeit auch im Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Seit fast 40 Jahren bin ich aber auch Mitglied in der VVN. Nicht ohne Grund. Denn das für mich persönlich wichtigste Datum in diesem Jahr wird im Mai liegen. Dann, wenn für meine Verwandten, die in den Konzentrationslagern Dachau und Neuengamme brutal gequält und dann ermordet wurden, endlich Stolpersteine verlegt werden. Warum ich das hier erwähne? Es wird euch gleich deutlich werden.

Diese Konferenz ist zusammengetreten, um weitere Aktionen der Friedensbewegung im Rahmen des Friedenswinters zu diskutieren und zu beschließen. Wie immer auf einer klaren antimilitaristischen und antifaschistischen Grundlage!

Umso irritierender ist es deshalb für mich, wenn ich gestern in der taz ein Interview mit Monty Schädel lesen musste. Ein Interview, verfasst, um uns hier so richtig in Stimmung zu bringen ... und um die Friedensbewegung zu spalten!

Auf die Frage worum es bei dieser Konferenz geht, antwortet Monty wörtlich: „Ja. Es wird auch darum gehen, wie der so genannte Friedenswinter, um diesen Propagandabegriff zu verwenden, zu bewerten ist.“

Und auf die Frage, ob dieser Friedenswinter, diese Kampagne der Friedensbewegung, die Monty nun zum „Propagandabegriff“ erklärt, denn nun weitergehen sollte, antwortet Monty: „Ganz klar: Nein. Der Grundkonsens der Friedensbewegung war immer, dass sie internationalistisch, antimilitaristisch und antifaschistisch ist.“

Aber was heißt denn das im Umkehrschluss? Hat es jemals eine Aktion, eine Demonstration, einen Aufruf oder eine Stellungnahme im Rahmen des Friedenswinters gegeben, die nicht klar antimilitaristisch, internationalistisch und antifaschistisch Positionen bezogen hat?

Monty, ich verlange von Dir, dass du uns hier auf dieser Konferenz das erläuterst, dass du hier vor uns allen dazu Stellung nimmst. Und zwar ganz konkret unter Nennung der Personen oder der konkreten Ereignisse, die es dir gestatten, diesen unverschämten Vorwurf zu erheben!

Denn so, wie du es hier machst, geht es nicht. Damit werden Vertrauen und Gemeinsamkeit deutlich zerstört.

Aber es kommt noch schlimmer, denn in der gleichen Ausgabe der taz finden wir auch einen längeren Artikel unter der Überschrift „Neurechte Friedensbewegung – Tausend mal berührt“. Und rede dich bitte nicht raus, denn in deinem Facebook Profil forderst du, Monty, Lesende dazu auf: „...dazu gelesen werden sollte auch der Artikel ‚Tausend Mal berührt‘“ ...

In diesem Artikel wird unterstellt, dass der Friedenswinter, also wir *alle*, von antisemitischen Positionen durchdrungen seien. Wörtlich wird festgestellt: „Der Friedenswinter ist ein Querfront-Projekt“.

Als Nachweis dafür werde auch ich aufgeführt:

„So erklärte der Hamburger Ostermarsch- und Friedenswinter-Aktivist Andreas Grünwald, er träume davon, ‚einfach mal die Zwänge fallen zu lassen‘ und sich ‚mit Konservativen und Rechten mit Nato und EU anzulegen‘.“

Wohlgemerkt: Als Rechte tauchen in diesem Artikel keine Konservativen, sondern Anhänger des „Nationalen Sozialismus“, also Nazis, Antisemiten, offene Rassisten und Hooligans auf.

Was aber hatte ich tatsächlich gesagt? In einer kleinen Facebook-Notiz aus Anlass des Regierungswechsels in Griechenland? Ich hatte festgestellt, dass es mich erstaunt, wenn einige Personen aus der politischen Linken immer sehr scharf reagieren, wenn „auch Rechte und Konservative“ sich einmal in der Friedensbewegung engagieren, während sie gleichzeitig die Widersprüchlichkeit der griechischen Koalitionsregierung als Erfolg begrüßen. Ganz klar und völlig eindeutig hatte ich aber auch herausgestellt, dass es in der Friedensbewegung Zusammenarbeit nicht geben kann, soweit diese Personen neofaschistisch, antisemitisch oder rassistisch agieren. Ich hatte deutlich gesagt, dass *da* die Grenze liegt!

Monty Schädel: Was gibt dir und deinen Freunden bei der taz eigentlich das Recht, Angehörige der Friedensbewegung in dieser Weise zu denunzieren?

Teil des Artikels ist eine weitere Bemerkung, die offenbar mit Dir abgesprochen ist: „Der Antimilitarist Monty Schädel etwa knüpfte seine Teilnahme [an der Konferenz] an die Bedingung, dass die Hamburgerin McClean nicht, wie zunächst geplant, einen Workshop moderieren dürfe.“ Katrin wurden in dem Artikel nationalistische Abweichungen nachgesagt.

Ich will es Dir deutlich sagen: Katrin gehört in Hamburg zu jenen, die ganz eindeutig Positionen des Friedenswinters vertreten, die eine eindeutig antirassistische und antifaschistische Haltung einnehmen, an der es nicht den geringsten Zweifel gibt! Nimm zur Kenntnis: Sie gehört zu jenen, die in Hamburg gemeinsam mit Esther Bejarano, der Ehrenvorsitzenden der Hamburger VVN und Vorsitzenden des Auschwitzkomitees, zur Beteiligung am Ostermarsch aufgerufen haben – und die diesen aktiv mit vorbereiten. Sie hat unser volles und uneingeschränktes Vertrauen.

Ich frage: Was gibt euch das Recht, diese aufrichtige Frau so zu beleidigen?

Ich fordere Dich hiermit dazu auf, uns hier dazu Auskunft zu geben, dich zu entschuldigen, oder aber eure Vorwürfe dadurch zu belegen, dass ihr offenlegt, wann und wo Katrin jemals bei ihren Reden inhaltlich von diesen Grundsätzen abgewichen sein soll.

Sonst aber schweig!